

Plenarsitzung am 23. Februar 2011

Haushalt 2011, 1. Lesung (Einbringung)

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Laumann, einige Anmerkungen vorab zu Ihnen. Sie haben den Finanzminister mit einem Buchhalter verglichen. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen: Weite Teile Ihrer Aussagen, besonders zum Schluss, kamen mir vor wie die Rede eines Nebenerwerbslandwirts.

(Lachen und Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Damit will ich nichts gegen Buchhalter und Nebenerwerbslandwirte sagen, um das klarzustellen. Beides sind anständige Berufe; das hat damit nichts zu tun. Aber ich habe hier das erste Mal einen Beitrag zur Elbvertiefung gehört und habe mich schon gefragt: Was will uns Kollege Laumann mit der Elbvertiefung sagen? Was hat er damit vor? Dann haben Sie die Passagen zum Naturschutz über weite Strecken abgelesen. Da habe ich gedacht: Die Überschrift ist „Serengeti darf nicht sterben“. – Das hat nichts mit der Realität in Nordrhein-Westfalen zu tun.

(Lachen und Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn wir uns bemühen – ich will mich beim Naturschutz auf einen Punkt beschränken – , in Ostwestfalen, in der Senne, einen zweiten Nationalpark hinzubekommen, der um ein Vielfaches – das sage ich als Aachener – wertvoller ist als der, den wir in der Eifel geschaffen haben, aufbauend auf konsensualen Beschlüssen des Landtags, und damit etwas für Generationen schaffen, bringen wir, nachdem die Engländer jetzt angekündigt haben, dass sie gehen – was viele von uns vermutet haben –, und zwar relativ schnell, etwas zustande, was auch infolge des langsam zurückgehenden Tourismus in den dortigen alten Kurorten wichtig ist. Ich kenne das selber noch aus meiner Zeit im Landesverband Lippe, wie in den Kurorten das Publikum langsam wegstirbt. Wir schaffen einen Nationalpark als Tourismusattraktion, als Attraktion dafür, dass dort in dem Fremdenverkehrsbereich langfristig etwas aufgebaut werden kann, und gleichzeitig schützen wir eine der wertvollsten Flächen, die wir in Nordrhein-Westfalen haben. Das hat nichts mit „Serengeti darf nicht sterben“ zu tun, sondern das ist ein ökonomisch und ökologisch absolut sinnvolles Projekt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Günter Garbrecht [SPD]: Sehr richtig!)

„Morgenthauplan für NRW“: Das Gegenteil von dem, was wir machen, ist hier skizziert worden.

Ich will dazu noch einiges anfügen. Sie haben immer nur ein Kraftwerk im Kopf: Datteln. Wir haben das Konsortium der Stadtwerke begleitet und unterstützen es jetzt bei der Aufgabe, die alten Verbindungen der Fernwärme von 1981 – Fernwärmeschiene Ruhr, Fernwärmeschiene Niederrhein – im Ruhrgebiet mit Kraftwärmekopplung, mit Fernwärmeversorgung in den Ballungszentren optimal zu ergänzen, weil das ökonomisch und ökologisch vernünftig ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Da ist der Umweltminister sehr aktiv. Wir sind, um das auch mal ganz klar zu sagen, dabei, den Neubau von sechs modernen, großen Gaskraftwerken in Nordrhein-Westfalen intensiv zu begleiten, 3.400 Megawatt insgesamt, sechs Standorte, die wir als Ergänzung schnell regelbarer Kraftwerke dringend brauchen, um das, was sogar Ziel Ihrer Bundesregierung ist, 40% erneuerbarem Strom 2020, dann zu begleiten genau in den notwendigen Regel- und Lastpfaden. Sechs große Blöcke, 3.400 MW, all das wird vorangetrieben und bearbeitet. Das ist nicht Morgenthau, das sind zukunftsfähige Kraftwerke in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Gleichzeitig haben wir sechs weitere Kohleblöcke, die im Bau sind. Das mag dem Einzelnen an der einen oder anderen Stelle nicht passen, sie sind im Bau. Ein Standort, an dessen Planungsmurks Sie hauptverantwortlich mit schuld sind, wird beklagt, ist vor Gericht. An der Frage hängen Sie sich immer auf, und alles andere blenden Sie aus. Das hat mit der Realität hier nichts zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die ganze Debatte findet vor dem Hintergrund statt, dass es in Nordrhein-Westfalen mit der Wahl letztes Jahr im Mai tatsächlich einen Politikwechsel gibt. Der Politikwechsel umfasst viele Bereiche; ich will und kann sie nicht alle aufzählen und will mich deswegen auf ein paar Punkte konzentrieren. Er umfasst sehr stark den Bildungsbereich. Er umfasst den Bereich der demokratischen Teilhabe; zu dem in diesen Tagen ein Gesetz in der Diskussion ist. Er umfasst das Mitbestimmungsgesetz

und vieles andere. Er umfasst aber auch vier Punkte, an denen deutlich wird – das hat mit dem Haushalt zu tun –, dass das Mantra der alten Landesregierung vorbei ist: Das Mantra „Privat vor Staat“ ist vorbei.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es ist erkannt worden, dass das, gerade von der FDP immer vorgebracht, nicht trägt. Das FDP-Mantra „Steuersenkung um jeden Preis“ ist vorbei, weil es eine Politik zulasten des Landes ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Und es ist vorbei mit der organisierten Kommunalfeindlichkeit aus der Landesregierung sowohl in Bezug auf die Bereicherung des Landes zulasten der Kommunen als auch in Bezug auf die von der FDP immer ausgeprägt vorgetragenen Aversionen gegen Stadtwerke. All das ist mit der neuen Landesregierung Geschichte.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Zu den Stadtwerken haben wir das entsprechende Gesetz schon eingebracht. Das war das erste, was wir eingebracht haben, weil wir es vorher versprochen hatten.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Es ist final beschlossen; es gilt jetzt. Damit haben wir den Stadtwerken tatsächlich den Raum im Wettbewerb mit den großen Energieversorgern geschaffen, statt sie abzuwürgen, wie es das strategische Ziel der FDP war.

Die Bereicherung zulasten der Kommunen: Kollege Römer hat eben von 3 Milliarden € gesprochen. Wir haben es an vielen Stellen erlebt. Zwei Verfassungsgerichtsverfahren hat die alte Landesregierung verloren, weil sie bei ihrem Konsolidierungskurs, den sie machen wollte, die Kommunen in ihrer Notsituation immer weiter heruntergestoßen hat, bis sie nicht mehr handlungsfähig waren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Natürlich haben wir in dem Verfassungsgerichtsverfahren zwei Positionen, die genau darauf zurückzuführen sind und Ihre politische Erblast sind. Das sind zum einen die 370 Millionen KiFöG, bei denen das Gericht geurteilt hat, dass Sie gegen das Konnexitätsgebot verstoßen haben und den Kommunen die Summe zusteht. Wir haben sie in eine Rücklage eingestellt. Es mag sein – weil wir das Gesetz, um den Betrag auszuzahlen, noch nicht gemacht haben –, dass es formale Probleme gibt. Aber

nichtsdestotrotz ist das, was aus dem KiFöG-Konnexitätsurteil folgt, Ihre Erblast und muss deswegen richtigerweise auch bei Ihnen eingestellt werden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Der gleiche Punkt ist der Einheitslastenausgleich. Auch da sind 375 Millionen in die Rücklage eingestellt. Ein Gerichtsurteil haben Sie sich in der Angelegenheit vom Verfassungsgericht schon eingefangen, und die zweite Klage läuft doch. 97 Kommunen sind gegen das, was Sie 2010 angestellt haben, vor Gericht gezogen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die wieder gewinnen, ist aus unserer Sicht sehr hoch. Deswegen haben wir die Rücklage eingestellt. Auch da gibt es möglicherweise das Problem, dass das entsprechende Gesetz noch nicht da ist. Trotzdem ist es ein Teil Ihrer Altlasten und nichts, was wir aus Freude machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu dem Mantra von den Steuersenkungen um jeden Preis will ich ganz klar sagen: Einer der ganz erfolgreichen Punkte ist doch, dass nach dem Mai 2010 diese Politik im Bundesrat keine Mehrheit mehr hat. Und diese Mehrheit wird sie Woche für Woche weiter verlieren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich bin jetzt im elften Jahr im Landtag. Ich habe bislang noch kein Gesetz erlebt, mit dem der Bund die Länder so schlimm belastet hat wie mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das Sie Anfang des vergangenen Jahres verabschiedet haben, mit einer Belastung in Höhe von jährlich 880 Millionen € für Nordrhein-Westfalen. Begünstigte waren Mövenpick und andere im Hinblick auf die Hoteliersteuern, die – als ein Hauptmotiv – reichlich an die FDP gespendet haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Quatsch!)

Sie tun ja immer so, als würde man das alles wegsparen können. Um es auf den Punkt zu bringen: Diese 880 Millionen €, die Sie leichtfertig weggegeben haben, gegen die Peter Harry Carstensen und andere CDU-Ministerpräsidenten erst einen harten Widerstand geleistet haben, kosten uns, wenn wir dieses Geld einsparen wollten, 17.000 Stellen. 17.000 – das ist die gesamte Justiz in Nordrhein-Westfalen. Dass das nicht geht, weiß jeder, auch wenn man manchmal denkt, die eine oder andere Stelle wäre über.

Diese Landesregierung – das findet sich auch herausgehoben im neuen Haushalt – verfolgt in drei Bereichen neue Ziele. Der erste Schwerpunkt ist, die Kommunen in der dramatischen Notlage zu unterstützen. Das ist etwas ganz anderes als die zynische Politik, die die FDP lange betrieben hat. Innenminister Ingo Wolf, dem ich persönlich – bei aller Auseinandersetzung muss das sein – für den weiteren beruflichen Lebensweg in Berlin alles Gute wünsche, war der kommunalfeindlichste Innenminister, den wir jemals in Nordrhein-Westfalen hatten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die zynische Haltung, man müsse die Kommunen zum Sparen zwingen, ist, als wenn ich jemandem, der am Ertrinken ist, sage, er müsse das Schwimmen lernen, anstatt ihm zu helfen. Dieser Zynismus hat hier immer geherrscht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich möchte aber auch etwas Positives sagen. Vor wenigen Monaten haben wir, CDU, SPD und Grüne, einen gemeinsamen Antrag gestellt in der Erkenntnis, dass die Kommunen keine Chance haben, wenn nicht der Bund 50 % der Soziallasten – bisher waren es 25 % – übernimmt. Die Kommunen können alles wegsparen, sie haben aufgrund der dramatisch gestiegenen Soziallasten überhaupt keine Chance, wieder hochzukommen, wenn sich nicht der Bund dieser Realität stellt. Das haben wir zusammen beschlossen.

Ich persönlich fand es sehr interessant, dass Herr Laumann genau in dieser Debatte einige bemerkenswerte Sätze gesagt hat. Er hat gesagt: Wenn die Gesellschaft immer mehr Aufgaben auf den Staat verlagert, weil sie damit nicht klarkommt, dann kann der Staat nicht mit weniger Geld auskommen. – Das ist für jeden von uns klar. Das war auch die klare Ansage: Mehr Geld kann nicht weitere Steuersenkungen heißen. Das war die Trennung von „Privat und Staat“. Da haben Sie richtigerweise einen inhaltlichen Schnitt gemacht.

Ich kann nur immer wieder sagen: Wir alle müssen uns zusammen aufstellen. Auch wenn drei Fraktionen hier der Meinung sind, dass das in Berlin so passieren muss. Wir alle müssen dafür kämpfen, dass die Berliner das auch machen, weil die Berliner meinen, dass das Geld, das sie haben, ihr Geld ist. Wir werden auf allen Parteitag für Mehrheiten sorgen müssen, damit im Bund tatsächlich etwas passiert.

Das zweite wichtige Ziel neben dem, die Kommunen zu unterstützen, ist – das hat auch der Kollege Römer eben gesagt –: Wir wollen kein Kind mehr zurücklassen. Wir wollen mehr in Bildung und Ausbildung investieren. Das ganz langfristige Ziel – das bekommen wir nicht kurzfristig hin – ist: Die Ausbildung der Kinder, von der Kita bis zum Studium, bis zur Berufsausbildung, darf nicht mehr vom Geldbeutel, vom sozialen Status der Eltern abhängig sein.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Es muss eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft sein. Das ganz langfristige Ziel ist also, die Ausbildung von Kindern gebührenfrei zu machen.

Ich möchte Ihnen das anhand eines anschaulichen Beispiels erläutern. Frau Löhrmann, Frau Beer und ich waren in Finnland und haben uns Schulen angesehen, beispielsweise eine Schule in Helsinki, wo es eine nette kleine Kantine gab, in der die Kinder Mittag essen konnten. Ich habe gefragt, wie die Bezahlung des Essens erfolgt, ob die Eltern derjenigen Kinder, die mehr Geld verdienen, etwas mehr, zahlen und die Kinder der ärmeren Leute das Essen umsonst bekommen. Die Schulleiterin hat mich ganz stolz angesehen und gesagt: Wir haben seit 1950 ein Gesetz, wonach jedes Kind, das hier in die Schule geht, ein kostenloses gesundes Mittagessen bekommt. Ein Nachsatz lautete: Und die Kinder, die zu Hause morgens kein Frühstück bekommen, können hier ein Butterbrot erhalten. Daraufhin habe ich mich für die Schule, in der meine Kinder sind, geschämt, weil wir das hier nicht hinbekommen.

Ein Ziel ist also – das bekommen wir nicht kurzfristig hin; das funktioniert nicht in ein paar Jahren, aber an dem Ziel müssen wir arbeiten – , dass ein Kind, dessen Eltern arbeitslos sind, sich nicht schämen muss – ich weiß selber, wie es ist, wenn man zu Hause nicht sagt, dass man einen Malkasten braucht –, sondern dass jedes Kind eine Ausbildung und damit die Chance im Leben bekommt, die es haben soll.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Dahinter steht nicht nur ein sozialpolitisches, sondern auch ein ökonomisches Interesse unseres Landes, nämlich alle Talente zu nutzen, die wir haben, um es ganz klar zu sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Wir machen nun erste Aufschläge. Diese können wir nicht unendlich machen. Niemand von uns redet von einer grenzenlosen Verschuldung. Wir wissen genau,

dass wir alles das, was wir uns wünschen und notwendig wäre, nicht so schnell hinbekommen. Aber wir machen erste Aufschläge. Und ein erster Aufschlag ist die Abschaffung der Studiengebühren.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Gunhild Böth [LINKE])

Ich weiß doch, wovon ich rede. Es gibt drei Modelle. Die FDP hat immer die Meinung vertreten, Bildung müsse etwas wert sein, müsse auch etwas kosten. Dabei hat sie ein bestimmtes Klientel und eine Selektion der Gesellschaft im Auge, nach der nur bestimmte Leute in der Gesellschaft eine Chance haben sollen. Andere sollen in einer Dienstleistungsgesellschaft etwas anderes machen.

(Ralf Witzel [FDP]: Unverschämte!)

– Ja, Sie haben so viele Unverschämtheiten in die Debatten gebracht. Ich bringe es jetzt einmal auf den Punkt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Das ist nicht unser Modell.

Daneben gab es das Modell der nachgelagerten Studiengebühren.

Beide Modelle führen dazu, dass Kinder aus ärmeren Familien diese Chance nicht haben. Das gilt aber nicht nur für Kinder aus ärmeren Familien, sondern auch für Kinder aus Familien, die nicht in der Sozialhilfe sind, die aber Angst davor haben, in die Verschuldung, in Belastung hineinzukommen, und sich deswegen nicht einbringen. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Potenziale, die Chancen, die in diesen Familien liegen, genutzt werden können.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Herr Kollege Laumann, Sie haben gesagt, wir würden das nur für die Kinder von Millionären machen.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Doch, das haben Sie eben gesagt. Ganz bestimmt. Ich glaube nicht, dass Sie das so meinen, aber ich spreche Sie aufgrund Ihres persönlichen Referenten an, den ich sehr schätze. Ich erinnere mich an eine Debatte mit ihm. Ihre Mitarbeiter werden zwar nicht schlecht bezahlt, aber sie sind keine Millionäre. Er war wissenschaftlicher Referent, gehörte zur mittleren Einkommensschicht und hat gesagt: Ich habe drei

Kinder im Studium und muss immer noch 1.000 € für jedes Kind oben drauflegen. Das kann man nicht mehr durchhalten.

(Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

Auch über diese Leute reden wir an der Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN -Zuruf von Serdar Yüksel [SPD])

Das sind auch die Leute, deren Kinder eine Chance haben sollen. Es ist nicht nur eine soziale Wohltat; das sage ich ganz klar. Uns droht ein Fachkräftemangel; das wissen wir. Wir haben erkennbare soziale Barrieren, die die Aufnahme eines Studiums erschweren. Von 100 Akademikerkindern studieren 71, während von 100 Nichtakademikerkindern nur 24 studieren. Das zeigt völlig klar, was auch ein wesentlicher Grund ist.

Wir haben eine Studienanfängerquote in Höhe von 36 % eines Jahrgangs der Jugendlichen. Die OECD hat 2008 33 Staaten untersucht. Dabei kam sie auf einen Durchschnitt von 57 % Studienanfänger pro Jahrgang. Europaweit liegt der Schnitt bei 55 %. Wir liegen auf Platz 29 in dieser Rangliste der 33 Länder. Dadurch ist völlig klar, dass wir zu wenige Jugendliche in die Hochschulen bekommen. Vor dem Hintergrund drohenden Fachkräftemangels wird das noch deutlicher.

Ich nenne Norwegen und Finnland als kleine europäische Länder mit Quoten über 70 %. Mit Blick darauf muss es unser Ziel sein, die Erhöhung des Studierendenanteils hinzubekommen. Daraus generieren sich auch positive wirtschaftliche Effekte. Denn die Menschen mit Hochschulabschlüssen haben ein geringeres Risiko, arbeitslos zu werden. Sie sorgen für mehr wirtschaftliche Vitalität und stellen eine bessere wirtschaftliche Prosperität her. Das muss unser Ziel sein. Das ist kein Geschenk.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Gunhild Böth [LINKE])

Weil es immer kritisiert wird, will ich das beitragsfreie Kindergartenjahr ansprechen. Dabei wird öfter argumentiert, es gehe nicht nur um diejenigen, die arbeitslos oder auf Sozialhilfe angewiesen, die von Gebühren befreit sind. Wenn man sich anschaut, welche Eltern welche Stundenkontingente buchen, kann man feststellen: Die Schicht, die darüber liegt, die kein hohes Einkommen hat und die für ihre Kinder etwas Gutes tun will, bucht 25 Stunden, weil sie sich mehr nicht erlauben kann, aber den Kindern

das geben will, was sie sich gerade noch leisten kann. Sie kann nicht mehr als 25 Stunden zahlen, weil sie ein Einkommen hat, das knapp über der Grenze liegt.

Es kann nicht unser Ziel sein, dass diese Kinder keine Chance auf Ausbildung und Bildung haben. Wir wissen, wie wichtig für alle die Betreuung von unter Dreijährigen oder die Betreuung im Kindergarten ist. Alle sollen diese Chance haben.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Gunhild Böth [LINKE])

Auch das ist eine Qualitätsverbesserung; das sage ich ganz klar. Denn mit einer konstanteren Auslastung der Kindertagesstätten wird auch das Angebot besser. Deswegen machen wir es – und nicht aus verbohrten ideologischen Gründen.

Bei vielen weiteren Notwendigkeiten können wir auch eine Kosten-Nutzen-Bilanz herstellen. Wir brauchen qualifizierte Ausbildung statt zermürender Warteschleifen. Es nützt nichts, Leute in Warteschleifen mürbe zu machen, denn sie sind hinterher immer noch nicht fitter für den Arbeitsmarkt. Unter Umständen ist es sinnvoller, Geld in die Hand zu nehmen, um diesen Leuten eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen – das ist auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels zu sehen –, damit sie am wirtschaftlichen Leben teilnehmen können, anstatt in eine Endlosschleife staatlicher Transferleistungen einzutreten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich will mit den Kosten der Inobhutnahme einen weiteren Punkt ansprechen. Das betrifft Kinder, die von Familien weggehen müssen, weil die Familien nicht mehr mit ihnen klarkommen: 45.000 Fälle in Nordrhein-Westfalen, 1,15 Milliarden € Kosten. Eltern sagen: Ich komme mit dem Kind nicht mehr klar. Nehmt es in ein Heim oder gebt es in eine andere Familie.

Dieser Bereich wächst am stärksten und verursacht den Kommunen, abgesehen von den Kindergärten, die meisten Kosten. An der Stelle Geld in die Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, dass das nicht passiert, ist auch eine Maßnahme, bei der wir Geld investieren, um die ansonsten notwendigen Reparaturen zu reduzieren.

Wir haben in diesem Bereich eine Steigerung von 20 %. Ich nenne Ihnen das Gegenbeispiel einer Kommune in NRW; wir haben es heute Morgen noch einmal recherchiert. Vertreter des Jugendamtes der Stadt Dormagen machen Hausbesuche bei den Eltern Neugeborener und erläutern das Präventionsprogramm zur Vermeidung von Kinderarmut. Damit haben sie 2006 begonnen und seitdem zum Beispiel auf

Sprachförderung, Familienhilfen und finanzielle Hilfen für arme Familien zur Wahrnehmung von Förderangeboten für die Kinder hingewiesen. Seit fünf Jahren verfährt man dort so in der Praxis; nun sieht man folgende Ergebnisse:

Erstens. Weniger Kinder müssen in Pflegefamilien. Das heißt, Kosten für die Inobhutnahme werden vermieden. Das ist das Teuerste.

Zweitens. 25 % weniger Kinder müssen die Förderschule besuchen. Auch das ist ein gutes Ergebnis.

Drittens. Die Grundschulen melden eine verbesserte Kompetenz bei den Erstklässlern aus sozial schwächeren Milieus.

Viertens. Es gibt einen Rückgang der Inobhutnahmen entgegen dem Bundestrend, der unablässig steigt.

Die gesamten Ausgaben für Hilfen zur Erziehung sind dort in fünf Jahren um 10 % gestiegen, während sie in Nordrhein-Westfalen im Schnitt um 30 % gestiegen sind. Das ist präventive Investition, um langfristige Folgeschäden zu vermeiden und den Kindern zu helfen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die Landesregierung hat bei Prognos eine Untersuchung in Auftrag gegeben, damit wir optimal prüfen können, wo sich solche Maßnahmen am besten rechnen. Denn wir wollen das Geld nicht rauswerfen, sondern genau wissen, wo wir es am besten einsetzen. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse der Studie. Dann werden wir das weiter diskutieren und es in den nächsten Jahren zu nutzen versuchen. Das ist der richtige Weg im Interesse der Menschen in unserem Land.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich sage ganz klar: Was wir machen müssen, ist kein Freibrief für Verschuldung. Das machen wir nicht. Wir wissen, dass Einsparungen notwendig sind.

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Wo denn?)

Wir wissen aber auch, dass Ihre pauschale Personalkürzung von 2 %, dieser Unfug, den Sie gemacht haben, genau dazu geführt hat – ich bringe es auf den Punkt –, dass die technischen Dienste bei den Regierungspräsidenten nicht mehr in der Lage waren, gefährliche emittierende Betriebe zu kontrollieren.

Die Transformatorenfirma Envio in Dortmund hat ihre Mitarbeiter lebensgefährlich verletzt. Dort gibt es Leute mit einem 25.000-fach höheren PCB-Wert im Blut. Sogar eine schwangere Frau – das konnten wir neulich in „Westpol“ sehen – hat erhöhte Werte. Das Zeug ist so gefährlich, und wir konnten nicht mehr kontrollieren, was da passiert. Das war ein Teil Ihrer Personalpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zuruf von der FDP: Das ist bei Ihnen alles nicht passiert!)

Unser Landtagspräsident Uhlenberg und auch Regierungspräsident Diegel haben sich an die alte Landesregierung gewandt und sie gewarnt, dass sie nicht mehr kontrollieren können. – Das war Ihre Rasenmäherpolitik.

Sie haben per Saldo doch gar keine Stellen eingespart; das müssen Sie doch ehrlich sagen. Was Sie dort gespart haben, haben Sie in den Bildungsbereich gegeben. Wir wissen alle: Bei den Dimensionen, vor denen wir stehen, werden wir die Haushaltsprobleme nicht über die Ausdünnung des Personals lösen können.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

In den Bereichen, die ich eben geschildert habe, braucht man Menschen, die sich um andere kümmern. Insofern müssen wir schauen, was in den Strukturen möglich ist. Dabei ist Personalabbau nicht tabu. Aber die Position, wir könnten bei den 170.000 Lehrerstellen oder bei den 45.000 Stellen für Polizisten nennenswert abbauen, ist eine Illusion. Diejenigen, die sich damit beschäftigen, wissen genau, dass das nicht geht. Trotzdem ist es notwendig, die Strukturen zu untersuchen, zu prüfen, zu optimieren und einzusparen, wo wir es können. Der Aufgabe werden wir uns auch stellen. Wir haben gestern Abend noch im Koalitionsausschuss intensiv darüber geredet. Dann wird man die Ergebnisse Punkt für Punkt umsetzen.

(Zuruf von Andreas Krautscheid und von Olaf Lehne [CDU])

Wir müssen die Einnahmen auf beiden Ebenen verbessern; das sage ich ganz klar. Wir müssen auf Landesebene schauen, wo wir Einnahmen generieren können. Das müssen wir auch anpacken, um die Verschuldung zu reduzieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dabei sage ich – das hat Kollege Römer eben auch angesprochen –: Ohne eine Änderung beim Bund werden wir – sowohl was die Kommunen angeht, als auch was

das Land angeht – keine Chance haben. Darum müssen wir auch kämpfen und Mehrheiten herstellen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Wir halten keine weiteren Belastungen durch den Bund mehr aus. Die Steuerentlastungspolitik des Bundes der letzten Jahre kostet das Land Nordrhein-Westfalen auf Dauer 2 Milliarden € pro Jahr.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau so ist es! – Zuruf von Sören Link [SPD])

Wenn wir darüber reden, wo die Verschuldungsgrenzen liegen, wissen wir auch, wo wir stünden, wenn das nicht passiert wäre. Insofern haben wir keine Luft, an der Stelle noch mehr zuzulassen.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Herr Kollege Laumann, Sie haben angekündigt, einen alternativen Haushalt für das Jahr 2011 zu liefern, der mit einer maximalen Verschuldung von 3,8 Milliarden € auskommt. Das ist ambitioniert, denn das heißt gegenüber dem vorliegenden Haushaltsentwurf, dass Sie Kürzungsvorschläge in Höhe von 3,3 Milliarden € liefern müssen. Selbst wenn ich Ihnen zugestehe, dass wir in den Haushaltsentwurf Projekte eingestellt haben – die wir auch vertreten –, die Sie nicht wollen wie etwa die Befreiung von den Studiengebühren, das, was wir bei den Kindern machen, und die Entlastung der Kommunen, selbst wenn Sie das abziehen, müssen Sie Einsparvorschläge von über 2 Milliarden € liefern, um diese 3,8 Milliarden € zu erreichen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Laumann, dann wird es konkret: Über 2 Milliarden € entsprechen über 40.000 Stellen. Ich bin wirklich gespannt. Was Sie eben gemacht haben, war Arbeitsverweigerung. Sie haben gesagt: Bevor das Verfassungsgerichtsurteil nicht da ist, können wir gar nicht darüber debattieren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Solange will er nicht darüber debattieren!)

– Er will nicht debattieren. Ich könnte auch sagen: Wir haben demnächst zwei sitzungsfreie Wochen, und danach kommt das Urteil.

Aber Ihre Arbeitsnotwendigkeit wird sein, diese mehr als 2 Milliarden € in ganz konkreten Einsparvorschlägen auf der Grundlage des vorgelegten Haushaltsentwurfs

zu liefern. Das wird eine spannende Debatte. Ich freue mich, das mit Ihnen kontrovers auszutragen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. –